



## Beschlussauszug

Sitzung des Rates der Gemeinde Bestwig vom 12.12.2024

**Top 13**                      **Entwurf der Haushaltssatzung der Gemeinde Bestwig mit ihren An-**  
**(öffentlich)**                      **lagen für das Haushaltsjahr 2025**

Zur Beratung und Entscheidung gelangt der Sachverhalt gemäß Verw.-Vorlage Nr. 111/2024, welche bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 27.11.2024 vorgestellt worden ist.

Sodann erteilt **Bürgermeister Ralf Péus** dem **Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, Ratsmitglied Alexander Brockhoff**, das Wort. Dieser hält folgende Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates der Gemeinde Bestwig,

wie schnell die Zeit vergeht. Wir befinden uns bereits im letzten Jahr dieser Wahlperiode und dies ist bereits meine fünfte Rede als Fraktionsvorsitzender. Alle meine Reden hatten eine Gemeinsamkeit: Sie begannen mit enormen Herausforderungen, die uns entgegenstanden. In den letzten Jahren war die politische und wirtschaftliche Lage von einer zunehmenden Unsicherheit geprägt. Der Krieg in der Ukraine, die Energiekrise und der Konflikt im Nahen Osten werfen ihre dunklen Schatten auf die gesamte Welt. Auch die politische Lage in den USA mit der Präsidentschaft von Donald Trump haben das weltweite Vertrauen beeinflusst.

Auch in Deutschland sind die Auswirkungen spürbar: Unternehmen wie ThyssenKrupp, Volkswagen, Ford und Schaeffler sehen sich mit zunehmenden Belastungen konfrontiert. Inflation, hohe bürokratische Hürden und gestiegene Energiekosten setzen der deutschen Wirtschaft zu. In der Folge müssen immer mehr Unternehmen Entlassungen vornehmen.

Hinzu kommen die Neuwahlen des Bundestages, voraussichtlich am 23. Februar 2025. Es bleibt zu hoffen, dass diese Wahl einen Wendepunkt bringt und nach der Abstimmung, unabhängig von der politischen Zusammensetzung der neuen Regierung, eine Phase der Stabilität und Verlässlichkeit anbricht. Es muss Ziel sein, den Menschen in Deutschland und der Wirtschaft das Vertrauen und die Zuversicht zurückzugeben, die in den letzten Jahren verloren gegangen sind.

Die Vorzeichen, unter denen dieser Haushalt steht, sind, wenn man das so hört, eigentlich nicht die besten. Dennoch können wir mit Blick auf die derzeitige Haushaltslage und auf die konservative Haushaltsführung optimistisch in die Zukunft blicken.

### **Finanzen / Haushalt**

Die Gemeinde verfügt auch in diesem Jahr über ein solides Eigenkapital und eine gute Liquidität, die beide weiter gestärkt werden konnten. Es müssen keine Kassenkredite aufgenommen werden. Wir erwarten Rekordeinnahmen, die jedoch nicht zu einem Rekordüberschuss führen werden, da diesen Rekordeinnahmen auch Rekordausgaben gegenüberste-

hen. Der daraus resultierende Fehlbetrag von -1,5 Millionen Euro kann fiktiv durch die Ausgleichsrücklage gedeckt werden. Selbst unter dieser Kompensation wird die Ausgleichsrücklage voraussichtlich steigen, da wir mit einem positiven Ergebnis für das laufende Jahr rechnen.

Das gute Ergebnis für 2024 beruht auch auf hohen Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Daher ist es richtig, dass der Ansatz für 2025 um 4,25 Millionen Euro auf 10,75 Millionen Euro erhöht wird. Bemerkenswert im negativen Sinne ist dabei, dass diese Erhöhung nicht ausreicht, um die höheren Personalkosten, die gestiegene Kreis- und Jugendamtsumlage sowie die Mindereinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen abzudecken.

Durch eine außerplanmäßige Tilgung weiterer Darlehen werden die Investitionsdarlehen zum 31. Dezember 2024 nur noch rund 2,0 Millionen Euro betragen. Teilt man diese 2 Millionen Euro auf die Einwohnerzahl auf, ergibt sich eine Quote von 185 Euro pro Einwohner der Gemeinde Bestwig – ein beachtlich niedriger Wert.

Die Gebühren für Winterdienst und Abfall bleiben stabil und werden nicht erhöht. Eine Anpassung der Friedhofsgebühren ist erforderlich, da sie sich an den tatsächlichen Kosten des jeweiligen Gebührenhaushalts orientieren und daher umgelegt werden müssen.

Bevor ich jetzt auf das Thema der Grundsteuer eingehe, möchte ich zunächst einen herzlichen Dank an unseren Kämmerer Roland Burmann sowie an seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Finanzverwaltung aussprechen. Die äußerst hilfreiche Unterstützung, insbesondere durch die Bereitstellung von Beispielzahlen und anderen wichtigen Informationen, hat die Diskussion um die Grundsteuer in unserer Fraktion maßgeblich unterstützt und uns bei der Entscheidungsfindung sehr geholfen.

Die Reformbedürftigkeit der Grundsteuer ist unstrittig, und mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 2018 wurde der Reformprozess quasi angestoßen.

Am Ende des Prozesses hieß es für uns, wie setzen wir die Auswirkungen der Reform hier in Bestwig um, mit der Entscheidung über die Höhe der Hebesätze und ob zwischen Wohnen und Nichtwohnen differenziert werden soll. Dass wir den alten Hebesatz beibehalten und dadurch auf rund 410.000 € Ertrag verzichten, ist für uns keine Option.

Im Haupt- und Finanzausschuss Ende November haben wir uns schließlich für neue differenzierte Hebesätze entschieden. Diese Entscheidung fiel uns nicht leicht, denn die Grundsteuer betrifft alle Bürgerinnen und Bürger. Es geht ums Geld, und die Aufkommensneutralität für die Gemeinde muss gewährleistet sein – wir wollen uns hier nicht bereichern. Uns war klar, dass es nicht möglich sein wird, alle Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Bestwig zufriedenzustellen. Es wird Gewinner und Verlierer geben. Besonders bei älteren Häusern, die durch eine geänderte Messzahl und einen höheren Hebesatz doppelt belastet werden könnten, ist ein „Applaus“ sehr unwahrscheinlich.

Trotz dieser schwierigen Entscheidung bleiben wir bei der Linie: Der differenzierte Hebesatz erscheint uns unter den gegebenen Umständen als die gerechtere Lösung. So können wir die drohende Verteuerung des Wohnens etwas abmildern. Hauseigentümer werden nicht so stark belastet wie bei einem einheitlichen Hebesatz, das Gewerbe wird ebenfalls entlastet, aber nicht in dem Maße.

Natürlich bleibt ein Restrisiko bei dieser Entscheidung – eine 100%ige Rechtsicherheit gibt es nie. Für uns ist die Entscheidung für die differenzierten Hebesätze jedoch die fairste Variante, die wir unter den gegebenen Umständen treffen können.

## **Investitionen**

Ich komme nun zu den Investitionen und möchte beginnen mit der Feuerwehr.

### **Feuerwehren**

Die Investitionen in unsere Feuerwehren sind und bleiben richtig. Deshalb werden wir diese auch weiterhin konsequent fortführen. Die Feuerwehr ist eine der wichtigsten Säulen unserer Sicherheit, und wir sind uns der Verantwortung, die wir als Ratsmitglieder dafür tragen, voll bewusst.

Für das Feuerwehrgerätehaus in Ramsbeck sind für die Jahre 2025 und 2026 insgesamt 1,1 Millionen Euro im Haushalt vorgesehen. Für das Feuerwehrgerätehaus in Ostwig wurde in diesem Jahr ein geeigneter Standort gefunden. Für 2025 sind Planungskosten in Höhe von 100.000 Euro eingeplant, und in den kommenden Jahren folgen weitere Millionenbeträge. Insgesamt beläuft sich das Investitionsvolumen hier auf rund 3,0 Millionen Euro.

Auf unserer letzten Klausurtagung haben wir zudem das Feuerwehrgerätehaus in Nuttlar besichtigt. Dieser Besuch hat uns eindrucksvoll vor Augen geführt, wie eng es dort ohne einen Anbau für die Kameradinnen und Kameraden ist. Es wurde noch einmal deutlich, wie notwendig der Anbau auch hier war, um den Anforderungen an die Arbeit der Feuerwehr gerecht zu werden.

Abschließend möchte ich mich herzlich bei der Wehrleitung für die Einladung zur Herbstabschlussübung bedanken. Ich glaube, diese Veranstaltung hat den „Nicht-Feuerwehrlenten“, die dabei waren, einen wertvollen Einblick in die Arbeit der Feuerwehr gegeben.

### **Internetseite**

Außerdem möchte ich ausdrücklich begrüßen, dass im Haushalt 25.000 € für die Neugestaltung der Internetseite der Gemeinde Bestwig eingeplant sind. Dabei sollte klar sein, dass es nicht nur darum geht, die bestehende Seite mit neuen Bildern zu verschönern. Vielmehr erhoffe ich mir, dass wir einen entscheidenden Schritt in Richtung einer modernen, bürgerfreundlichen und serviceorientierten Internetseite machen.

Die neue Seite sollte ein weiterer Schritt in der Digitalisierung der Verwaltung sein. Dabei geht es mir nicht nur aus einer Marketingperspektive darum, wie wichtig eine ansprechende und benutzerfreundliche Website als Kontaktstelle zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung ist. Vielmehr stellt sich die grundlegende Frage: Wie können wir mit der Seite Prozesse für die Bürgerinnen und Bürger so einfach und effizient wie möglich gestalten?

Ein wichtiger Punkt dabei ist die Vereinfachung von Anfragen. Welche Prozesse können optimiert oder sogar vollständig digitalisiert werden? Welche Formulare oder Anträge können direkt zum Download bereitgestellt werden? Welche Informationen können bereitgestellt werden, wie es in vielen anderen Städten bereits der Fall ist? Warum ist die Gemeinde Bestwig die einzige Kommune im gesamten HSK, wo rechtskräftige Bebauungspläne nicht online zur Verfügung stehen? Das Ziel sollte es sein, bürokratische Hürden zu senken und den Zugang zu wichtigen Informationen und Dienstleistungen so schnell und unkompliziert wie möglich zu gestalten.

Sollten die 25.000 € im Haushalt für diese Aufgaben nicht ausreichen, sind wir gerne bereit, über zusätzliche Mittel zu sprechen. Denn eines steht fest: Eine gut funktionierende und bürgerfreundliche Internetseite ist ein großer Gewinn für den Bürgerservice und ein entscheidender Schritt hin zu einer effizienteren, digitalen Verwaltung.

### **Allgemeines und Konzepte**

#### **Allgemeines**

Darüber hinaus gibt es auch allgemeine Themen, die für unsere Gemeinde von Bedeutung sind. Zu nennen ist hier

- der Geh- und Radweg von Ostwig-Gevelinghausen nach Heringhausen entlang der Kreisstraße 16. Nach dem letzten Zwischenstand in der Sitzung des Gemeindeentwicklungsausschusses im Juni ist „die Umsetzung laut dem letzten Gespräch im April in 2028 vorgesehen.“ Ich bin mal gespannt!
- Oder die „Seniorenresidenz Auf der Burg“, die wir heute wieder auf der Tagesordnung haben. Das ist ein spannendes Projekt und auch eine Chance für die Gemeinde Bestwig, das unsere volle Unterstützung hat.

### **Flüchtlinge**

Auch das Thema Flüchtlinge bleibt eine große Herausforderung vor Ort. Zwar ist die Zahl der Zuweisungen in den letzten Wochen gesenkt worden und es wurden Container hinter dem Rathaus aufgestellt, um zusätzliche Kapazitäten zu schaffen, doch eine langfristige Entspannung ist nicht zu erwarten. Der fortlaufende Krieg in der Ukraine wird die Flüchtlingszahlen voraussichtlich weiter steigen lassen. Auch die angespannte Lage im Nahen Osten dürfte zu einer weiteren Zunahme der Flüchtlingsbewegungen führen und die Situation nicht verbessern.

### **Besucherbergwerk**

Ein Thema, das wir für die Zukunft bereits geklärt haben, möchte ich dennoch gerne ansprechen: Das Sauerländer Besucherbergwerk. Als Gesellschafter des Bergwerks war uns sowohl der aktuelle Zustand als auch die dringend erforderlichen Sanierungsmaßnahmen zur Erhaltung der Einrichtung bewusst. Zudem waren auch die notwendigen Schritte zur Weiterentwicklung des Bergwerks ein zentrales Anliegen. Die Investitionen, die auf uns zugekommen wären, hätten sich auf einen hohen Millionenbetrag belaufen.

Daher sehen wir in der Übernahme des Besucherbergwerks durch den Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) eine große Chance, die Einrichtung langfristig zu erhalten und gleichzeitig zu einem modernen Industriemuseum weiterzuentwickeln. Dies würde das Bergwerk zu einem noch attraktiveren Touristenziel im Sauerland machen, was wiederum einen erheblichen Mehrwert für die gesamte Region darstellt.

Das Sauerländer Besucherbergwerk ist für die Gemeinde Bestwig seit vielen Jahren ein bedeutender Besuchermagnet und zieht zahlreiche Touristen an. Insbesondere im Hinblick auf das Alleinstellungsmerkmal Bergbau prägt es das Image der Gemeinde Bestwig und trägt maßgeblich zur Wahrnehmung bei. Die Einbindung des Bergwerks in die Museumslandschaft des LWL wird nicht nur den Bekanntheitsgrad weiter steigern, sondern auch die Besucherzahlen erhöhen.

Ein Wermutstropfen bleibt jedoch die geforderte Beteiligung an den Betriebskosten in Höhe von 250.000 €. Diese Summe entspricht etwa den jährlichen Verlustabdeckungen, die derzeit für den laufenden Betrieb erforderlich sind.

Zusammenfassend lässt sich jedoch festhalten, dass die Vorteile für die Gemeinde Bestwig und die Region eindeutig überwiegen. Die Übernahme des Besucherbergwerks durch den LWL und die Integration in dessen Museumslandschaft stellt eine wertvolle Chance dar, die wir nutzen.

### **Konzepte**

Es geht aber auch darum, die Gemeinde Bestwig weiterzuentwickeln, und das ist auch unsere Aufgabe als Ratsmitglieder hier Ideen und Konzepte einzubringen. Auf die ich jetzt etwas näher eingehen möchte

---

### **Rathausvorplatz**

In meiner letzten Rede habe ich bereits angedeutet, dass wir uns mit der Umgestaltung des Rathausvorplatzes befassen möchten. Dieser Platz stellt einen wichtigen öffentlichen Raum dar, und es gibt zahlreiche Möglichkeiten, ihn sowohl funktional, klimagerecht als auch optisch zu optimieren.

Im Kontext des Klimawandels und unserer Verantwortung, nachhaltiger zu handeln, müssen wir uns intensiv mit der Flächenentsiegelung und der Reduzierung von Wärmeinseln auseinandersetzen. Ein Schritt in diese Richtung wäre es, den Rathausvorplatz so zu gestalten, dass er nicht nur den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht wird, sondern auch dem Klimaschutz dient. Flächenentsiegelung, bessere Beschattung und die Minderung von Wärmeinseln können hier einen direkten, positiven Effekt haben und den Platz für die Bürgerinnen und Bürger angenehmer gestalten.

Doch der Rathausvorplatz soll nicht nur wie gerade beschrieben gestaltet werden. Er muss auch weiterhin Raum für Aktivitäten bieten – sei es für den Gastgarten, den Weihnachtsmarkt oder anderen Veranstaltungen. Deshalb stellen wir uns vor, dass entsiegelte Flächen auch flexibel für diese Zwecke nutzbar bleiben. Ein grüner, gemütlicher Raum, der gleichzeitig lebendig und vielseitig einsetzbar ist – das ist das Ziel.

In diesem Zusammenhang möchten wir die Verwaltung bitten, im ersten Schritt zu prüfen, ob es für dieses Vorhaben mögliche Fördermittel im Rahmen des LEADER-Programms gibt. Denn auch die Förderung nachhaltiger, kreativer Projekte auf kommunaler Ebene wird durch dieses Programm unterstützt. Im Haushalt für 2025 haben wir bereits 100.000 Euro für eigene LEADER-Maßnahmen eingeplant, die unter anderem auch für die Umgestaltung des Rathausvorplatzes verwendet werden könnten.

### **Interkommunales Gewerbegebiet**

Was mich besonders freut – und was auch zu den Zukunftsthemen für die Gemeinde Bestwig gehört – ist, dass die Kolleginnen und Kollegen im Briloner Stadtrat sich für die Wiederaufnahme des interkommunalen Gewerbegebiets im Briloner Stadtgebiet entschieden haben.

Der Stadtrat in Brilon hat einstimmig beschlossen, gemeinsam mit den Städten Olsberg und der Gemeinde Bestwig einen Antrag zur Änderung des Regionalplans zu stellen. Dahinter steht das gemeinsame bekannte Ziel, ein interkommunales Gewerbegebiet Brilon-Olsberg-Bestwig zu verwirklichen.

Mit der gleichzeitigen Beauftragung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Hochsauerlandkreises, die Grundlagen und eine Planungskonzeption für dieses Gebiet zu entwickeln, ist ein weiterer wichtiger Schritt getan.

Insgesamt stellt die Schaffung des interkommunalen Gewerbegebiets ein vielversprechendes Projekt dar – nicht nur für uns, sondern auch für die Städte Brilon und Olsberg. Zwar stehen wir noch am Anfang der Planungsphase, aber die Entscheidung, dieses Projekt anzustoßen, zeigt einen klaren politischen Willen zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Region.

### **Gesundheits-Campus**

Ein weiteres zukunftsweisendes Projekt, worauf ich heute kurz eingehen möchte, ist die geplante Nachnutzung des Schulzentrums. Mit dem Umbau eines Teils des Gebäudes für die Physiotherapiepraxis wurde bereits begonnen.

Doch bei diesem Projekt geht es um mehr als nur um den Umbau eines einzelnen Bereiches. Lassen Sie uns einen Schritt weiterdenken: Was passiert mit den Teilen des Gebäudes, wenn die Walburga-Hauptschule-Meschede wieder ausgezogen ist und die Räumlich-

keiten wieder leer stehen? Wie können wir diese Flächen sinnvoll nutzen und zukunftsorientiert entwickeln?

Bereits jetzt haben wir in diesem Gebäude die Ergotherapie, Physiotherapie und zukünftig die Pflegeschule. Doch unser Ziel ist es, das Schulzentrum zu einem echten Gesundheits-Campus zu entwickeln. Die Idee ist nicht neu – ich habe bereits in meiner letzten Rede darauf hingewiesen. Jetzt möchten wir konkrete Schritte unternehmen, um aus dieser Vision Realität werden zu lassen.

Wir bitten daher die Verwaltung, sich intensiv mit der Machbarkeit dieses Vorhabens auseinanderzusetzen. Konkret denken wir dabei an eine Art Machbarkeitsstudie. Ein Konzept, welches sich damit beschäftigt, wie wir das Schulzentrum zu einem Gesundheits-Campus ausbauen können. Denkbar wäre auch die Bildung eines Arbeitskreises, der mit externen Experten zusammenarbeitet, etwa mit Planern oder Architekten, die Erfahrung in der Entwicklung solcher Projekte haben.

Wenn wir die aktuelle Hausärztesituation in unserer Gemeinde betrachten, sehen wir, dass das Valmetal mit den Ärzten in Ramsbeck recht gut aufgestellt ist. Aber wie sieht es mit der medizinischen Versorgung entlang der Ruhrschiene aus? Könnte ein Gesundheits-Campus nicht auch Raum für einen Allgemeinmediziner bieten? Und wie lässt sich dieser Ansatz eventuell mit der perspektivischen Entwicklung mit der „Seniorenresidenz Auf der Burg“ kombinieren? Vielleicht ergibt sich auch die Möglichkeit, ein medizinisches Versorgungszentrum zu schaffen.

Natürlich sind dies noch viele offene Fragen, aber wir befinden uns am Anfang eines spannenden Prozesses. Wir sind entschlossen, 2025 mit der Entwicklung dieses Projekts zu starten und erste Antworten auf diese Fragen zu finden. Falls sich dabei herausstellt, dass für die Planung und Konzeption Kosten anfallen, sind wir bereit, später entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen, um das Projekt voranzubringen.

### **Ortsvorsteher für Bestwig**

Eingehen möchte ich auch auf unseren Antrag einen Ortsvorsteherbezirk für Bestwig zu schaffen. Die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher sind in der Regel die ersten Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger ihres Ortes. Sie nehmen eine wichtige Rolle als Bindeglied zu den örtlichen Vereinen und ehrenamtlichen Initiativen ein. Die Motivation für unseren Antrag basiert unter anderem auf der Größe der Ortschaft Velmede. Je größer ein Ort wird, desto umfangreicher werden die Aufgaben, und desto schwieriger könnte es in Zukunft sein, geeignete Personen für dieses wichtige Amt zu finden.

Und woran erkennt man, dass dieser Antrag ein guter Antrag ist? Genau, an der positiven Resonanz aus der SPD-Fraktion mit der Tatsache, dass diese versucht, den Antrag durch zusätzliche, wenig praktikable Vorschläge zu erweitern, um auch hiervon zu partizipieren – Stichwort Bezirksausschuss oder stellvertretender Ortsvorsteher. Diese Ergänzungen erscheinen inhaltlich wenig zielführend und könnten den Prozess nur unnötig verlangsamen, ohne einen Mehrwert zu bieten. Es wäre daher ratsam, den Antrag in seiner ursprünglichen Form zu unterstützen, anstatt ihn mit bürokratischen Ideen zu verkomplizieren.

Es gibt selbstverständlich noch Fragen zu einzelnen Aspekten, wie zum Beispiel der Rolle von Vereinen, die in beiden Ortschaften tätig sind und somit beide Ortsvorsteher betreffen. Es gibt jedoch zahlreiche positive Beispiele in unserer Gemeinde, wie die Zusammenarbeit zwischen Vereinen und den Ortsvorstehern problemlos funktioniert. Der FC Ostwig/Nuttlar mit den Ortsvorstehern aus Ostwig und Nuttlar sowie der TuS Valmetal mit den Ortsvorstehern aus Heringhausen und Ramsbeck arbeiten bereits erfolgreich zusammen, was zeigt, dass solche Strukturen in der Praxis gut funktionieren.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der klar herausgestellt werden sollte: Der Antrag zielt keines-

falls darauf ab, bestehende Vereinsstrukturen zu verändern oder zu zerschlagen. Im Gegenteil, wir sind der festen Überzeugung, dass die enge Zusammenarbeit der beiden Ortsvorsteher nicht nur sinnvoll, sondern von Vorteil ist, um die Anliegen der Vereine und der Bürgerinnen und Bürger bestmöglich zu vertreten.

### **Windenergie**

Ein Thema, was auch seit Jahren fester Bestandteil meiner Haushaltsrede ist und uns in unserer Ratsarbeit maßgeblich beschäftigt ist das Thema Windenergie. Um die Energieversorgung von fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien umzustellen, müssen wir auf Windkraft setzen. Nur so können wir die Klimaziele Deutschlands erreichen und unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern verringern.

Die Windenergie ist in der Gesellschaft oft umstritten, besonders wenn Windräder vor der eigenen Haustür geplant werden. In vielen Diskussionen, sowohl innerhalb der Fraktion als auch mit Anwohnern wie zum Beispiel in Föckinghausen, haben wir diese Bedenken aufgegriffen und ernst genommen.

Wir begrüßen somit den Regionalplan. Mit den 3,2 Prozent an vorgesehener Fläche für Windenergie übertreffen wir bereits die Ziele des Bundes und Landes und leisten mehr als andere Kommunen.

Doch nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes am 26. September 2024 stehen wir vor neuen Herausforderungen. Das Gericht hat die Regelung des Landes NRW mit dem Landesplanungsgesetz gekippt, die es den Kreisen ermöglicht hätte, Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen bis zum Inkrafttreten des Regionalplans auszusetzen, wenn diese außerhalb der zukünftig im Regionalplan privilegierten Flächen liegen. Diese Entscheidung hat die Steuerungsmöglichkeiten, bis Inkrafttreten aufgehoben und zeigt, wie unberechenbar und zermürend das Thema Windenergie für die Verwaltung und uns als Lokalpolitiker sein kann.

Ich möchte deutlich machen: Das Bundesbaugesetz, das nun quasi durch die Hintertür die Möglichkeit zur Steuerung abschafft, ist eine fatale Entscheidung. Wir haben in unserer Gemeinde mit den bereits festgelegten 3,2 Prozent unseren Beitrag zur Energiewende mehr als erfüllt und gleichzeitig eine hohe Akzeptanz erzielt. Nun wird uns jedoch die Möglichkeit genommen, bis Inkrafttreten des Regionalplans zu steuern, wo Windkraft sinnvoll und mit Augenmaß ausgebaut werden kann.

Die Akzeptanz in der Gemeinde beruht darauf, dass wir als gewählte Vertreter entscheiden, wo und wie Windkraft möglich ist – und nicht Projektentwickler, deren Hauptziel der Profit ist. Die Auswirkungen des OVG-Urteils sind fast wöchentlich in der Zeitung zu lesen, wenn es über die Windkraftsituation in den Nachbargemeinden geht. Ich hoffe, dass diese Regelung noch geändert wird und das ein Instrument zur Steuerung erhalten bleibt.

Positiv hervorzuheben ist, dass die Diskussion über die Windenergie in unserer Gemeinde stets fraktionsübergreifend einvernehmlich geführt wurde. Dies zeigt, dass wir in diesem wichtigen Thema eine gemeinsame Linie gefunden haben.

### **Wohnbauflächenkonzept**

Ein Thema, das mich auch jedes Mal begleitet hat und mir sehr am Herzen liegt, ist das Wohnbauflächenkonzept. Es betrifft nicht nur mich persönlich, sondern auch viele Menschen in meinem Freundes- und Familienkreis. Als ich 2020 in meiner ersten Haushaltsrede das Thema aufgriff, gab es noch kein konkretes Konzept. Heute, vier Jahre später, kann ich sagen: Wir haben einiges erreicht – und das ist für mich ein gutes Beispiel dafür, was man als Ratsmitglied bewirken kann, wenn man eine Idee hat und diese konsequent voranbringt.

Es sind zwar langsame Schritte, aber sie gehen in die richtige Richtung. Das Konzept geht

voran.

Wer die Tagesordnung der Ratssitzung am 17.04.2024 gelesen hat, hat mitbekommen, dass wir uns mit „Grunderwerb für Wohnbauflächenausweisungen durch die Gemeinde Bestwig“ beschäftigt haben. Und wer dann aufmerksam die amtliche Bekanntmachung Nr. 4 gelesen hat, weiß, dass die Gemeinde „den Erwerb von Grundstücken in der Gemarkung Heringhausen sowie in der Gemarkung Ostwig beschlossen“ hat. Somit kann eins-zu-eins zusammengerechnet und schlussgefolgert werden, dass wir in dieser Sache einen erheblichen Schritt weiter kommen.

Aber natürlich darf der Blick auf die Zukunft nicht nur auf den Erwerb neuer Flächen beschränkt bleiben. Wir müssen weiterhin darauf achten, dass die Entwicklung im Einklang mit unserem Leitprinzip steht: Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Es darf nicht passieren, dass unsere Ortskerne leer stehen, während am Rand neue Häuser entstehen. Und meine persönliche Erfahrung zeigt: Wenn Häuser im Kernort zum Verkauf stehen und das Preis-Leistungsverhältnis stimmt, finden sich Käufer.

Der nächste Schritt ist, dass wir uns genauer überlegen, wie wir die neuen Flächen gestalten wollen. Welche Angebote machen wir für junge Familien? Wie können wir auf neue Wohn-trends reagieren, etwa mit alternativen Wohnformen wie Tiny Houses? Diese Fragen müssen wir im kommenden Jahr angehen. Hier liegt eine große Chance, ein zukunftsfähiges Wohnumfeld zu schaffen, das den Bedürfnissen von Familien ebenso gerecht wird wie den Wünschen jüngerer und älterer Generationen.

Ich freue mich darauf, diesen Prozess weiter zu begleiten und gemeinsam mit Ihnen allen dafür zu sorgen, dass Wohnbauflächen in den kommenden Jahren einen spürbaren Mehrwert für unsere Gemeinde bieten.

### **Fazit**

Unser Fazit ist: Die CDU-Fraktion stimmt dem Entwurf des Haushalts mit sämtlichen Anlagen zu.

Im Namen der CDU-Fraktion möchte ich mich bei Bürgermeister Ralf Péus, unserem Kämmerer Roland Burmann, sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die gute Arbeit bedanken.

Und ich möchte mich bei den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion und den Kolleginnen der Fraktion der Grünen für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit in diesem Jahr bedanken. Ich wünsche Ihnen, euch, allen eine schöne Advents- und Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr.

Vielen Dank.“

Sodann nimmt der **Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Ratsmitglied Paul Theo Sommer**, zur Haushaltssatzung und zu den Anlagen Stellung. Er hält folgende Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Haushaltsrede vor einem Jahr habe ich begonnen mit den Worten „Wir leben in einer Zeit voller Krisen.“ Daran hat sich -leider- nichts geändert. Das gilt nach wie vor. Man hat den Eindruck...Es ist noch schlimmer geworden.

Der Krieg in der Ukraine dauert mittlerweile fast drei Jahre. Mit unveränderter Härte und ohne

Rücksicht auf eigene Verluste, verbreitet Putin Angst und Schrecken. Die russische Armee greift gezielt die Infrastruktur an und will die Ukraine in Kälte und Dunkelheit bomben. Auch der Nahe Osten kommt nicht zur Ruhe. Fast täglich wird über viel menschliches Leid und unglaubliche Zerstörung berichtet. Im von Diktatur und Bürgerkrieg geplagten Syrien bejubeln die Menschen das Ende des Terrorregimes Assad. Aber wie geht es dort weiter?

Stabilisiert sich das Land oder versinkt es im Chaos? Welche Kräfte in den verschiedenen Islamistengruppen setzen sich durch? Wird der Bürgerkrieg endgültig beendet? Wie ergeht es den Minderheiten, den Kurden, den Christen, den Alawiten, den Jesiden, den Drusen...? Was ist mit dem IS ?

Viele offene Fragen!

In den USA ist Donald Trump mit überraschender Deutlichkeit wieder zum Präsidenten gewählt worden. Darüber kann man sich in Deutschland, in Europa nicht freuen. Es wird ein rauer Wind über den Atlantik wehen, was die Verteidigungsausgaben, Ukraine-Unterstützung oder geänderte Handelsbeziehungen betrifft. Die für Deutschland und Europa so wichtigen guten transatlantischen Beziehungen werden auf die Probe gestellt.

Und dann fliegt auch noch die Ampel-Regierung auseinander, was nach den vielen Streitigkeiten und dem Verhalten der FDP-Spitze zum Schluss nicht mehr überraschte. Ampel-Aus ist das Wort des Jahres. Es droht politischer Stillstand in der Bundespolitik. Man kann nur hoffen, dass die Wählerinnen und Wähler am (voraussichtlich ) 23. Februar für klare Verhältnisse sorgen und möglichst schnell eine funktionierende Bundesregierung gebildet werden kann. Die Probleme in Deutschland, Europa und in der Welt sind einfach zu groß, um lange auf eine handlungsfähige Bundesregierung zu warten.

Und ein Problem in einer Welt, die immer mehr aus den Fugen zu geraten scheint, ist und bleibt die Flüchtlingsfrage. Ein Blick auf die Situation in der Ukraine und die unklare Lage in Syrien, um nur zwei Länder zu nennen, zeigt, dass die Gefahr weiterer Flüchtlingswellen wächst. Und das bedeutet, dass auch die Gemeinde Bestwig wieder mehr Flüchtlinge aufnehmen muss.

Flucht ist ein schmerzhaftes und oft traumatisches Erlebnis. Es betrifft Menschen, die dies nicht aus freien Stücken tun, sondern oft aus der Notwendigkeit heraus, ihr Leben und das ihrer Familien zu schützen. Auch in Bestwig haben wir Flüchtlinge aufgenommen, die auf der Suche nach Sicherheit und einen Neuanfang sind.

Und diese Menschen brauchen eine vernünftige Unterkunft, das ist unsere humanitäre Pflicht und ich denke, das ist auch unser Anspruch. Zuletzt sind wir mit der Anschaffung der Wohncontainer dieser Pflicht nachgekommen.

Unterkunft und Integration von Flüchtlingen sind nach wie vor eine Herausforderung. Auch wenn zurzeit die Zuweisungen zurückgegangen sind und noch Kapazitäten für die Unterbringung zur Verfügung stehen, es kann jederzeit die nächste Flüchtlingswelle auf die Städte und Gemeinden zurollen. Und dann können die Kapazitäten schnell ausgeschöpft sein. Die Aufgabe bleibt für das Team des Bürgeramts herausfordernd.

Und es gibt nach wie vor nicht die einfachen Antworten. Zu großen Abschiebezahlen wird es nicht kommen. Da dürfen wir uns nichts vormachen. In Kriegs- und Bürgerkriegsgebiete wird nicht abgeschoben. Viele abgelehnte Asylbewerber werden von ihren Herkunftsländern nicht aufgenommen. Da wird sich so schnell nichts ändern. Die Abschiebequote wird gering bleiben.

Und die, die hier sind, wollen bleiben und bleiben auch zum großen Teil. Viele von ihnen möchten arbeiten, sich engagieren und aktiv am Gemeindeleben teilnehmen.

Das sollte man auch ermöglichen, das wäre Integration.

Der Bürgermeister hat am 13. November den Haushaltsentwurf 2025 eingebracht, beim Ergebnisplan Einnahmen von ca. 28,1 Mio. €, bei Ausgaben in Höhe von ca. 29,6 Mio. €. Das bedeutet einen Fehlbetrag in Höhe von rund 1,5 Mio. €.

Die Summe kann durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden. Der Haushalt ist also fiktiv ausgeglichen.

Aber fiktiv ist nicht strukturell. Und ein strukturell ausgeglichener Haushalt muss weiterhin das Ziel sein. Davon sind wir leider weit entfernt.

Die Finanzplanung der nächsten Jahre weist jeweils Fehlbedarfe im 7stelligen Bereich aus, be-

sonders hoch im Jahr 2026 mit über 3,5 Mill. €. Und bei der Entwicklung der Kassenlage rutschen wir 2027 dick ins Minus.

Das sind Planzahlen und damit auch ein Stück weit Blick in die Glaskugel. Aber wenn die Planzahlen zutreffen, müssen wir uns warm anziehen. Und eine aufgebrauchte Liquidität bedeutet die Neuaufnahme von Krediten. Das ist schon Anlass zur Sorge.

Sehr erfreulich ist und bleibt, dass wir durch die guten Jahresabschlüsse der Haushaltsjahre 2017 bis 2023 und prognostiziert auch 2024 die Ausgleichsrücklage deutlich aufstocken konnten. Wir haben von wirtschaftlich guten Jahren und vor allem hohen Gewerbesteureinnahmen profitiert. Das Pendel kann aber auch wieder zur anderen Seite ausschlagen. Es gilt deshalb im Sinne einer Wirtschaftsförderung politisch zu handeln. Wir weisen da auf die immer noch mögliche Entstehung eines interkommunalen Gewerbegebietes hin.

Wie ich bereits in der Haupt- und Finanzausschusssitzung deutlich gemacht habe, begrüßen wir ausdrücklich den Verzicht auf Steuererhöhungen, gerade auch bei der Gewerbesteuer. Zu der Besonderheit bei der Grundsteuer B komme ich gleich.

Richtig ist auch der Verzicht auf die Erhöhung der Gebühren bei Winterdienst und Abfallbeseitigung.

Das ist das Signal an die Bürgerinnen und Bürger: Es wird nicht alles teurer.

Hinzunehmen sind die lediglich geringen Anpassungen bei der Gebühren-kalkulation für die Kommunalfriedhöfe.

Zur Grundsteuer B:

Hier haben wir es uns wirklich nicht leicht gemacht. Fakt war und ist, dass wir spätestens jetzt im Dezember „zu Potte“ kommen und eine Hebesatzsatzung beschließen mussten. Hintergrund der Grundsteuerreform ist ja ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom April 2018. Das Gericht hatte die über Jahrzehnte angewandten Bewertungsregeln zur Einheitsbewertung des Grundvermögens für verfassungswidrig erklärt. Spätestens zum Januar 2025 muss die Neuregelung greifen.

Nach längerer Diskussion entschieden wir uns für die differenzierten Hebesätze, also für die Unterscheidung zwischen Wohn- und Nichtwohngrundstücken.

Wir wollten ja eine Lösung finden, die irgendwo allen gerecht wird, und wo bei der Neuregelung die Verhältnismäßigkeit Beachtung findet.

Wir denken, dass wir das mit den differenzierten Hebesätzen erreichen. Die Beispielrechnungen, die uns der Kämmerer zur Verfügung stellte, waren da eine wertvolle Hilfe bei der Meinungsfindung in der Fraktion.

Die gefundene Lösung bedeutet:

Die Gemeinde erzielt die für den Gemeindehaushalt unbedingt erforderliche Höhe der Steuereinnahme von ca. 1,5 Mill. €.

Bei den Wohngrundstücken werden unnötige Härten, z.B. für einkommensschwache Familien, vermieden und die Bürger von Wohnnebenkosten entlastet.

Und die vorliegenden Beispielrechnungen zeigen, dass selbst bei diesen differenzierten Hebesätzen die Nicht-Wohngrundstücke zum großen Teil entlastet werden, nur eben halt weniger. Deshalb können unseres Erachtens alle mit dieser Entscheidung leben.

Und wir haben in dieser Frage nach Recht und Gesetz entschieden. Aber absolute Rechtssicherheit gibt es nirgendwo. Ein Klagerisiko bleibt. Wenn jemand klagen will, dann klagt er. Und dann müssen eben die Gerichte entscheiden.

Der Bürgermeister hat es ja bei der Einbringung des Haushalts deutlich gemacht, dass wir durch die Festlegung der neuen Sätze keinen Cent mehr im Gemeindehaushalt erzielen werden. Hier geht es um Einkommensneutralität, d.h. wir werden in Summe den gleichen Betrag erreichen wie bisher. Also nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Der Gewerbesteueransatz wurde deutlich um 4,25 Mill. € auf 10,75 Mio. € erhöht. Das ist optimistisch.

Er fußt auf die Entwicklung der Vorjahre, auf Vorauszahlungen und Vorausberechnungen.

Die Wahrscheinlichkeit, dass wir beim Jahresabschluss wieder positiv überrascht werden, wird mit diesem hohen Ansatz natürlich geringer. Diese große Summe muss ja erst einmal eingenommen werden. Das ist schon anspruchsvoll.

Bei den Transferaufwendungen sind die Kreis- und Jugendamtsumlage wieder der dickste Brocken. Auch dieses Mal nehmen wir die riesige Summe wieder grummelnd zur Kenntnis.

In nächsten Jahr zahlen wir zusammen 11,668 Mill.€, ein absoluter Höchststand.

Eine Steigerung um 2,122 Mio. € !

Bei der allgemeinen Kreisumlage zahlen wir 1,163 Mio. € mehr, bei der Jugendamtsumlage 943400 € mehr..... Unglaublich!

Der Landrat sprach bei der Einbringung des Kreishaushaltes im Oktober von zukünftig „harten Zeiten“ Was wir bei der Jugendhilfe und Eingliederungshilfe erleben, so der Landrat, sprengt inzwischen alle Dimensionen. Sozialausgaben belasten die Kreishaushalte mittlerweile zu mehr als 50 Prozent.

Es ist also zu befürchten, dass diese exorbitante Steigerung der Kreis- und Jugendamtsumlage nicht das „Ende der Fahnenstange“ ist.

Da brauchen wir uns nichts vormachen, es wird weitere erhebliche Steigerungen bei dieser Umlage geben.

Und für 2025 gibt es keine Schlüsselzuweisungen. Waren es für dieses Jahr noch ca. 1,95 Mill. €, sind es im Ansatz für 2025 8700 €, also fast null.

Hier wird die Steuerkraft der Gemeinde Bestwig aus der Referenzperiode 01.07.23 bis 30.06.24 berücksichtigt.

Und die Höhe der Bestwiger Steuerkraft ist erheblichen Schwankungen unterworfen, die eine zukunftsorientierte Finanzplanung erschweren.

Wünschenswert wären klare und feste Beträge mit denen man sauber planen könnte.

Erheblich gestiegen sind die Personal- und Vorsorgeaufwendungen. Waren es im Ansatz 2024 noch 4,982 Mio. €, sind es nun 5,683 Mio. €, eine Steigerung um 701.182 €.

Das ist den von uns nicht beeinflussbaren Pensions- und Beihilferückstellungen und den hohen Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst geschuldet. Grundsätzlich gilt: Qualifizierte Fachkräfte müssen auch gut bezahlt werden.

Bei den **Investitionen**, auch das habe ich schon in der Ausschusssitzung vorgetragen, sehen wir die vom Bürgermeister aufgeführten 3 Blöcke als erforderlich an.

Es gilt weiterhin:

Wir müssen investieren, um nicht irgendwann einen großen Nachholbedarf zu haben, den wir dann finanziell nicht mehr stemmen können!

Bei den **Straßenbaumaßnahmen** ( 2,095 Mio.€ ) ist anzumerken, dass sehr viele Straßen im Gemeindegebiet in einem schlechten Zustand sind und saniert werden müssen und besser heute als morgen die Sanierung beginnen sollte. Klar ist, dass nicht alles auf einmal angepackt werden kann. Aber hier sollten wir schon Gas geben.

Erfreulicherweise hat die Landesregierung noch bestehende Unsicherheiten bei den Straßenausbaubeiträgen beseitigt. Die Beitragspflichten für Eigentümerinnen und Eigentümer sind rückwirkend zum 1. Januar per Gesetz endgültig abgeschafft worden. Es war ein langer Weg dorthin.

Der **Feuerwehrbereich** ( 916200 € ) bleibt bei den gemeindlichen Investitionen vorne dabei.

Wir haben ja wiederholt unsere Meinung klar geäußert, dass wir die Feuerwehr-Struktur in Bestwig mit 1 Löschzug und 5 Löschgruppen erhalten wollen. Und das bedeutet, dass Ausrüstung und Unterbringung den modernen Erfordernissen genügen müssen.

Und wir haben ja schon längst begonnen, den Wehren moderne zeitgemäße Gerätehäuser zur Verfügung zu stellen. In Andreasberg und Heringhausen ist das bereits geschehen. In Nuttlar ist man fast fertig, davon konnte sich unsere Fraktion vor kurzem vor Ort überzeugen. In Ramsbeck beginnt nun, wenn das Wetter mitspielt, im Januar die Umsetzung der Planungen. Und die Investitionsmaßnahme Feuerwehrgerätehaus Ostwig haben wir im September diesen Jahres auf den Weg gebracht. Allein diese Baumaßnahme wird insgesamt 3 Mill. € kosten.

Gut angelegtes Geld für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger.

Und nicht zuletzt bezeugen wir mit diesen Baumaßnahmen unseren Respekt für das Ehrenamt in der Freiwilligen Feuerwehr.

**Grunderwerb Wohnungsbau ( 530.000 € )** haben wir ja im Wohnbauflächen-Konzept verabredet.

Es bleibt dabei. Kurzfristig wird es sicherlich keinen Bauboom geben, dafür haben sich die Rahmenbedingungen ( Baupreise, Zinsen ) für Neubauten in den letzten Jahren zu sehr negativ verändert.

Aber wenn das Bauen für Normalverdiener wieder möglich ist, muss das in Bestwig auch möglich sein. Und deshalb müssen wir unsere Hausaufgaben machen und für Wohnbauflächen sorgen.

Es muss unser Interesse sein, dass Bauinteressenten, gerade junge Familien, die realistische Möglichkeit haben in Bestwig zu bauen und damit in Bestwig bleiben bzw. nach Bestwig umziehen.

Investitionen im **Schulbereich ( 251880 € )** sind sinnvoll und notwendig.

Wir müssen auch weiterhin in unsere Schulen investieren, um unseren Kindern die bestmögliche Ausbildung zu bieten. Bildung ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Zukunft. Und wir müssen sicherstellen, dass unsere Schulen gut ausgestattet sind und moderne Lernbedingungen bieten.

Der Teilstandort der Sekundarschule Olsberg-Bestwig ist ja nun endgültig zum Ende des Schuljahres 2023 / 24 ausgelaufen. Das ist bedauerlich, aber nicht mehr zu ändern.

Aber unser Schulzentrum steht nicht leer. Bereits 2020 ist die Bildungsakademie für Therapieberufe in den Westflügel eingezogen. Und noch bis zum Sommer 2026 bleibt wegen umfangreicher Sanierungsarbeiten am Mescheder Schulgebäude im Ostflügel die Hauptschule der Stadt Meschede unser Gast.

Es bleibt zu hoffen, dass es gelingt, eine Nachnutzung zu erreichen.

Was auf jeden Fall verhindert werden muss ist Leerstand. Ein leerer Gebäudetrakt kann nicht im Interesse der Gemeinde sein.

**Renaturierungsmaßnahmen ( 130000 € )**

Da ist in den letzten Jahren viel Geld investiert worden. Was dadurch ( mit hohen Landeszuwendungen ) entstanden ist, lässt sich sehen, ist nachhaltig und wertet unsere Gemeinde auf. Auch war und ist das immer ein Stück Hochwasserschutz. Beispielfhaft nenne ich hier die Maßnahme Hennenohl.

**Investitionen im Sportbereich ( 109000 € )**

Auch hier haben wir in den letzten Jahren viel Geld investiert, erinnert sei an die vielfältigen Maßnahmen beim Bürgersportplatz.

Bei unseren Turnhallen und der Schwimmhalle gilt, notwendige Investitionen nicht auf die lange Bank zu schieben, sondern nach Möglichkeit zeitnah zu erledigen, damit hier kein Sanierungsstau entsteht.

Besonders erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang die Turnhalle Ostwig, wo zusammen mit der offenen Waldturnhalle eine vorzeigbare Sportstätte zur Verfügung steht. Trotz viel Eigenleistung, ohne Gemeindeunterstützung geht es nicht. Im Finanzplan für 2026 steht die Erneuerung der Heizungsanlage im Haushaltsbuch. Es ist möglich und darauf weise ich hin, dass es vielleicht nötig ist, die für 2027 vorgesehene Dachabdichtung und Dämmung zeitlich vorzuziehen. Das muss sorgfältig beobachtet werden.

Trotz der schwierigen Haushaltslage unterstützen wir also auch weiterhin unsere Vereine. Das gilt nicht nur für die Sportvereine, sondern u.a. auch für unsere sechs Schützenbruderschaften, die alle dafür Sorge tragen, dass ihre Schützenhallen, die ja auch Dorfgemeinschaftshäuser sind, instand gehalten werden.

### **Thema Windkraft**

#### **Änderung des Regionalplans Arnsberg-Teilabschnitt Kreis Soest und HSK**

Wir haben uns in den letzten Jahren im Rat und im Gemeindeentwicklungsausschuss mit keinem Thema so oft beschäftigt wie mit der Windkraft.

Ich erinnere an den Juni 2022, wo wir beim Thema Windkraft eine vollständig neue Sach- und Rechtslage feststellen mussten, was zur Verfahrenseinstellung bezüglich der 4. Änderung unseres Flächennutzungsplanes führte.

Wir legten das Thema Windkraft aber nicht zur Seite. Nein, wir begannen mit den mittlerweile neuen Erkenntnissen und geänderten rechtlichen Vorgaben neu.

Es ging also weiter, nun mit dem Verfahren zur 8. Änderung unseres Flächennutzungsplanes.

Ziel war eine Ausweisung von weiteren Windvorrangflächen.

Die Zeit drängte. Die FNP-Änderung musste bis zum 1. Februar 2024 rechtskräftig sein.

Wir haben dann 8 Potenzialflächen für Windkraft herausgearbeitet, 1153 ha, rd. 17% der Gemeindefläche, aber Rechtskraft erlangte die Änderung des Flächennutzungsplanes nicht.

Das Verfahren zur 8. Änderung unsers FNP endete im Dezember 2023.

Da lag der Regionalplan-Vorentwurf auf dem Tisch. Und der Regionalplan ist der Bestwiger Planung übergeordnet.

Die ganze Arbeit rund um die FNP-Änderung war aber nicht umsonst, wir konnten und können die Arbeitsergebnisse für das nehmen, was auf uns zugekommen ist bzw. noch zukommt

1. Für die Stellungnahme zum Entwurf der 19. Regionalplanänderung und
2. Als Grundlage für Entscheidungen zu Anträgen auf eine Gemeindliche Bauleitplanung / Positivplanung, mit denen wir uns sicherlich noch beschäftigen werden

Was aktuell im Juni anlag, war die Stellungnahme zum Regionalplanentwurf. Nach gründlicher Beratung, kamen wir zu folgendem Ergebnis.

- Zustimmung zu den vorgesehenen Windenergiebereichen im Bereich der Gemeinde Bestwig  
Das sind 221,35 ha, 3,2 % der Gemeindefläche. Gefordert sind für NRW 1,8 % der Landesfläche, für die Region Arnsberg 2,13 %. Wir bewegen uns also voll im Rahmen der Erfordernisse
- Ausdrückliche Zustimmung zum 1000m-Abstand zur Wohnbebauung  
Das sorgt für Akzeptanz und Konfliktvermeidung
- Verzicht auf Anregung weiterer WEB in der Stellungnahme

Ich denke, die Regionalplanungsbehörde hat es sich bei der Festlegung der WEB nicht leicht gemacht. Wie der Verwaltungsvorlage mit den Anlagen zu entnehmen war, wurden die WEB nach einem einheitlichen Konzept in drei Schritten ermittelt. Das machte nicht den Eindruck einer willkürlichen und nicht nachvollziehbaren Methode.

Für die SPD-Fraktion war und ist wichtig, dass wir jetzt zeitnah Klarheit bekommen bzgl. der Flächen für Windenergie. Das sind lt. Entwurf immerhin sechs Flächenbereiche in unseren

acht Potentialflächen.

Und in die Zukunft geschaut könnten die jetzt nicht berücksichtigten Potentialflächen als Ersatz bzw. Reserve eventuell doch noch eine Rolle spielen.

Auch dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass Windenergieanlagen für die Gemeinde durch Gewerbesteuerzahlungen und EEG-Beteiligung Einnahmen für den Gemeindehaushalt bedeuten und dadurch ggf. Steuern stabil gehalten werden können.

Es zeigte sich wieder, dass wir es beim Thema Windkraft nicht allein recht machen können. Das Thema bleibt komplex und schwierig.

Das jüngste Windenergie-Urteil des OVG Münster hat für große Verunsicherung geführt, auch gerade bei unseren Nachbarkommunen

Aber auch wir wollen keinen Windrad-Wildwuchs.

Wir bemühen uns weiterhin, beim erforderlichen Ausbau der Energieversorgung aus Wind und Sonne einen für alle Beteiligten gangbaren Weg zu finden.

Im Zusammenhang mit dem Klimaschutzthema möchte ich auch an unseren **Antrag „Errichtung von E-Ladesäulen auf gemeindeeigenen Flächen“** erinnern.

Den Antrag hatten wir im März 2023 gestellt. Wir wollten mit diesem Antrag einen Dreiklang erreichen, den Tourismus stärken, die Region zukunftsfähig machen und den Klimaschutz verbessern. Wie wir in der letzten Sitzung des Gemeindeentwicklungsausschusses erfahren haben, ist in der Zwischenzeit im Rathaus dankenswerterweise einiges initiiert worden, was dazu führt, dass im Gemeindegebiet kurzfristig mehr Ladesäulen zur Verfügung stehen. Das ist erfreulich, die Zukunft heißt nun einmal E-Mobilität. Dafür müssen wir die Infrastruktur schaffen, damit die Menschen animiert werden ein E-Auto anzuschaffen.

**Errichtung von Photovoltaikanlagen auf 5 Gemeindedächern**

Die SPD-Fraktion hat immer zum Ausdruck gebracht, dass wir Photovoltaik im Zusammenhang mit Klimaschutz und Energiewende befürworten und unterstützen. Dabei bleibt es.

Allerdings müssen wir auch im Einzelfall die Wirtschaftlichkeit betrachten, wie wir das im September bei den 5 Dächern ( FW-Gerätehäuser Andreasberg und Heringhausen, Gemeindewohnheim Velmede, Kindergärten Velmede und Ramsbeck ) getan haben. Die Anlagen stellten sich wirtschaftlich dar und können einen Überschuss erwirtschaften.

Diese Betrachtungsweise gilt auch für die Zukunft.

**Thema „Kommunale Wärmeplanung“**

Für die SPD-Fraktion sind die beabsichtigten Vorabgespräche mit den Nachbar-kommunen, unseren großen Industriebetrieben, HochsauerlandEnergie..... besonders wichtig. Diese Gespräche sollten nicht unter Zeitdruck geführt werden und benötigen eine sorgfältige Vorbereitung.

Das Ziel bleibt aber, dass die Bürgerinnen und Bürger schnellstmöglich Klarheit erhalten, was in Bestwig diesbezüglich geschehen soll.

**Gründung des kommunalen Unternehmens „Erneuerbare Energien Hochsauerlandkreis GmbH (EEH ) und Beteiligung der Gemeinde Bestwig**

Ich erinnere an unseren Antrag vom November 2022.... das war der Antrag zum Beitritt zur Kommunalen Energieerzeugungsgesellschaft.

Wir unterstützten mit unserem Antrag eine Initiative der SPD-Kreistagsfraktion. In den letzten beiden Jahren ist da einiges passiert. Der Kreistag hat das Unternehmenskonzept im März (2024 ) beschlossen.

Wir können damit den Ausbau der Erneuerbaren Energien mitgestalten und..... -davon gehen wir aus- profitieren auch davon!!

Betreiber von WEA sind nach dem Bürgerenergiegesetz verpflichtet, den Bürgern finanzielle Vorteile zukommen zu lassen.

Stichworte hierzu: Bürgersparbriefe...Bürgerstromtarife

Es handelt sich noch um viel Neuland, das beackert werden muss, aber Bürgerbeteiligung hat die SPD-Fraktion aus Akzeptanzgründen immer befürwortet.

Bei den Stichworten **Bürgerenergiegesetz** und **Beteiligungsstrategie der Gemeinde Bestwig** sei angemerkt, dass die 1. Sitzung der **Bürgerbeteiligungs-Kommission** am 19. November stattgefunden hat.

### **Integration des Sauerländer Besucherbergwerks in die LWL-Museen für Industriekultur**

Wir haben im September den 50. Geburtstag des Besucherbergwerks gefeiert. Und das Besucherbergwerk ist nun tatsächlich in die Jahre gekommen.

Größere Investitionen in Sanierung der historischen Bausubstanz und Attraktivierung des musealen Angebotes sind notwendig.

Die letzte Kostenschätzung vom Mai 2023 veranschlagte für die komplette Sanierung des Bestandsgebäudes rund 12.8 Mio. Euro. Dazu 8,3 Mio. € für einen zweigeschossigen Anbau, und 2 Mill. € für eine grundlegende Überarbeitung der Ausstellung. Das ist eine Größenordnung, die wir nicht allein stemmen können.

Deshalb ist es sehr zu begrüßen, dass die intensiven Bemühungen um ein Engagement des Landschaftsverbandes Westfalen Lippe erfolgreich waren.

Derzeit wird der Übernahmevertrag final ausgearbeitet.

Es war und ist klar, dass die Übernahme nicht zum Nulltarif zu haben ist. Der LWL erwartet vom HSK und der Gemeinde Bestwig konsumtiv eine Gesamtsumme von 500000 € / Jahr.

( 250000 € pro Gesellschafter, also jährlich 250000 € pro Jahr für die Gemeinde Bestwig. )

Das entspricht in etwa den Kosten, die auch in der Vergangenheit zur Verlustabdeckung der laufenden Betriebskosten und für Investitionen jährlich entstanden.

Und der LWL zielt auf eine unbefristete Zahlung von Zuschüssen mit einer dynamischen Anpassung ab. Details müssen da noch geregelt werden

Aber.....wir sehen auch, dass der Fortbestand des Standortes Ramsbeck durch Übernahme in den Verbund der LWL-Museen für Industriekultur langfristig gesichert wäre.

Es ist die Chance, ein modernes Industriemuseum zu schaffen. Das geht sicherlich nicht sofort, aber mittel- und langfristig kann das gelingen.

Das Besucherbergwerk ist eine wichtige Einrichtung in unserer Gemeinde, bekannt weit über unsere Grenzen hinaus und ein touristisches Highlight.

Es kann zukünftig ein Anziehungspunkt sein, den man besucht haben muss.

Ich komme zum Fazit meiner Ausführungen.

Die SPD-Fraktion stimmt der vorgelegten Haushaltssatzung ( mit der Veränderungsliste ) zu.

Es bleibt mir noch, mich –auch im Namen der gesamten SPD-Fraktion- bei Bürgermeister Ralf Péus und dem Kämmerer Roland Burmann für die gute Zusammenarbeit zu bedanken.

Danke sagen wir auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rathaus für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr.

Und auch Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion und der Bündnis 90Grünen-Fraktion sagen wir Dankeschön für die Zusammenarbeit. Es war auch 2024 immer möglich sich nicht nur hier im Rathaus, sondern auch außerhalb dieses Hauses bei vielen Gelegenheiten sachlich und menschlich vernünftig zu begegnen.

Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr 2025.

Danke für die Aufmerksamkeit!"

Anschließend hält die **Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ratsmitglied Katja Seidel**, folgende Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Gäste, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Rates der Gemeinde Bestwig,

Heute haben wir uns versammelt um den Haushalt der Gemeinde für das kommende Jahr zu diskutieren.

Bürgermeister Peus begann seine Rede zum Haushaltsentwurf 2025 mit einem Ausblick auf die Bundespolitik und die damit verbundenen unruhigen Zeiten. Diese Einschätzung teilen wir, wir gerade mit Hinblick auf die Neuwahlen im Februar. Dennoch möchten wir betonen, wie wichtig es für uns als Ratsmitglieder ist, den Fokus auf die kommunalen Herausforderungen zu richten.

In schwierigen Zeiten, wie wir sie aktuell erleben, ist der Blick nach vorne entscheidend, um die Basis für eine stabile und zukunftsfähige Gemeinde zu schaffen.

#### 1. Finanzen / Haushalt

Wir möchten nun zum Haushalt kommen. Eine beeindruckende Steuerkraftsteigerung von 21,78 % im Jahr 2024, ein prognostizierter Jahresüberschuss von ca. 3,4 Millionen Euro der vor allem der Gewerbesteuer zu verdanken ist, führen zu einer Ausgleichsrücklage von rund 14,6 Millionen Euro und unterstreichen die solide Finanzlage der Gemeinde Bestwig. Diese Zahlen sprechen eine klare Sprache, ein Vorteil, den viele andere Kommunen im HSK nicht haben.

Dieser Erfolg ist maßgeblich der leistungsstarken Wirtschaft vor Ort zu verdanken. Die ansässigen Unternehmen tragen nicht nur wesentlich zur Steuerkraft bei, sondern stärken auch die langfristige Entwicklung und Stabilität der Gemeinde.

Allerdings werden wir durch unsere hohe Steuerkraft in den letzten beiden Jahren in 2025 bei den Schlüsselzuweisungen vom Land anstatt fast 2 Millionen nur noch 8.700€ erhalten, wodurch eine sichere Einnahme wegfällt. Das ist in einer Demokratie wichtig, da andere Kommunen diese Zuweisungen nötiger haben.

Unter diesen Bedingungen steht das Jahr 2025 **noch** auf einer soliden Grundlage. Wir planen mit einer Haushaltslücke von 1,516 Millionen, die sich durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage decken lässt, obwohl Ausgaben anstehen, die in dieser Höhe noch nie dagewesen sind.

Angesichts der angespannten wirtschaftlichen Lage in Deutschland bleibt abzuwarten, ob die prognostizierten Gewerbesteuereinnahmen von 10,75 Millionen Euro tatsächlich erreicht werden können. Auch wenn wir diese Entwicklung für unsere Gemeinde erhoffen, betrachten wir die Prognose im Moment mit einer gewissen Zurückhaltung.

Es ist daher unerlässlich, dass wir uns nicht allein auf die Gewerbesteuereinnahmen verlassen, sondern aktiv nach weiteren Einnahmequellen suchen. In diesem Zusammenhang freuen wir uns besonders über den Fortschritt bei der Ausarbeitung eines Übernahmevertrags mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe für das Besucherbergwerk Ramsbeck.

Dieser Schritt eröffnet vielversprechende Perspektiven: Als neuer Standort könnte das Besucherbergwerk, als Wahrzeichen im LWL-Verbund in Zukunft mehr Touristen anziehen und damit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Tourismus in unserer Gemeinde leisten, um die wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig zu fördern. Tourismus und Naturschutz schließen

sich nicht aus, ganz im Gegenteil, es kann zu nachhaltigen und intelligenten Lösungen führen.

## 2. Grundsteuer

Ein weiteres zentrales Thema, das wir in diesem Jahr intensiv behandelt haben, ist die Grundsteuer. Leider wurden die Kommunen bei diesem Thema nach einem Bundesverfassungsurteil, von Seiten des Landes NRW allein gelassen und sollen sich mit allen rechtlichen Konsequenzen selbst regulieren.

Im Haushaltsentwurf ist vorgesehen, Wohngrundstücke mit einem differenzierten Steuersatz von 548 % zu veranlagern, während für Nichtwohngrundstücke ein Steuersatz von 1120 % gilt.

Wir begrüßen diese Maßnahme ausdrücklich, da die Bürgerinnen und Bürger durch steigende Nebenkosten und allgemeine Preissteigerungen ohnehin erheblich belastet sind und trotzdem für die Gewerbetreibende ein positiver Effekt vorgesehen ist. Es ist ein Signal für eine faire Steuerpolitik und stärkt auch die Grundlage für eine familienfreundliche Zukunftsperspektive in Bestwig.

Besonders hervorzuheben ist, dass die Gewerbesteuer unverändert bei 460 v. H. bleibt. Dies ist ein klares Bekenntnis zu einem wirtschaftsfreundlichen Klima in unserer Gemeinde. Ebenso bleibt die Kostenstabilität bei Gebühren für den Winterdienst und die Abfallbeseitigung erhalten.

Lediglich bei den Friedhofsgebühren wird es, abhängig von der Bestattungsart, zu Anpassungen kommen.

## 3. Aufwendungen

Bei den Aufwendungen fallen die Personal- und Vorsorgeaufwendungen auf, die nicht aus Entscheidungen der Gemeinde resultieren, sondern aus Tarifabschlüssen, die unserer Meinung nach auf der anderen Seite die Kaufkraft der Bediensteten stärken. Mit einer Differenz von knapp 701.000€ zu dem Jahr 2024 kommt es bei diesem Posten zu einer starken Erhöhung, aber gut ausgebildetes und motiviertes Personal ist die Grundlage für eine leistungsfähige und bürgernahe Gemeindeverwaltung.

Die erhöhte Kreis- und Jugendamtsumlage der Transferaufwendungen, ist ein weiteres negatives Ergebnis unserer guten Steuerkraft und schlägt in 2025 mit einer Erhöhung von ca. 2,1 Millionen im Haushalt zubuche, die wir gemeinsam stemmen müssen.

Dennoch ist dieses ein Posten, an dem nicht 1 Euro eingespart werden kann, denn wir investieren in die Zukunft unserer Kinder.

## 4. Investitionen

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie uns nun auf die Investitionen blicken, die ein wesentlicher Bestandteil für die Weiterentwicklung unserer Gemeinde sind.

Der größte Investitionsblock in Höhe von 2,1 Millionen Euro wird in den Straßenbau fließen. Diese Mittel dienen dazu, unsere Infrastruktur zu erhalten und auszubauen – eine unverzichtbare Grundlage für die Lebensqualität in unserer Gemeinde und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. An diesen Ausgaben gibt es nichts zu rütteln.

Die zweitgrößte Investitionsposition betrifft den Neubau von Feuerwehrgerätehäusern. Diese Maßnahme ist ebenso notwendig wie nachvollziehbar, denn eine leistungsfähige Feuerwehr

ist das Rückgrat der Sicherheit unserer Gemeinde. Es ist unsere Pflicht, den Frauen und Männern, die tagtäglich für unsere Sicherheit einstehen, optimale Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Allerdings müssen wir an dieser Stelle auch kritisch auf die vorgelegten Pläne blicken. Wir bedauern, dass in einem so großen und zukunftsweisenden Projekt Aspekte wie Barrierefreiheit und die Gleichstellung von Frauen nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Die Feuerwehr wird in den kommenden Jahren auch weiblicher werden – der Frauenanteil steigt bereits heute in vielen Gemeinden. Es ist unsere Verantwortung, bei langfristigen Investitionen vorauszudenken und für eine moderne, inklusive und zukunftsorientierte Gestaltung zu sorgen, die allen Menschen gerecht wird.

Wir appellieren daher an alle Beteiligten, diese Aspekte bei der weiteren Planung stärker in den Fokus zu rücken.

Investitionen sind nicht nur finanzielle Entscheidungen, sondern immer auch ein Statement für die Werte, die wir als Gemeinschaft vertreten. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass unsere Investitionen zukunftsfähig, fair und inklusiv sind.

Bei dem Grunderwerb für Wohnungsbau als dritter großer Posten der Investitionen und dem anschließenden Bebauungsplan sollte ein modernes Konzept, das die Bedürfnisse sozial schwächerer Bürgerinnen und Bürger in den Fokus rückt vorangetrieben werden.

Dieses dient nicht nur der Unterstützung der Betroffenen, sondern auch der Prävention gesellschaftlicher Herausforderungen, wie der Vorbeugung zur Entstehung von sozialen Brennpunkten, die wir bereits in Ortsteilen wie Ramsbeck oder Heringhausen finden. Präventive Maßnahmen sind bekanntermaßen nicht nur kostengünstiger, sondern auch deutlich effektiver, als später entstandene Probleme zu beheben.

Darüber hinaus halten wir die Bildung einer Kommission zur Festlegung von Richtlinien für die Vergabe von Baugrundstücken. Wir sehen darin eine große Chance, Fairness und Transparenz in diesem sensiblen Bereich sicherzustellen. Eine solche Kommission könnte ein Punktesystem entwickeln, wie es in anderen Kommunen bereits erfolgreich umgesetzt wurde, und damit den Bedürfnissen aller Bürgerinnen und Bürger gerecht werden. Dass dies funktioniert, haben uns Kommissionen, wie beispielsweise die Straßenlampenkommission, eindrucksvoll bewiesen. Diese haben immer zu hervorragenden Ergebnissen geführt – darauf können wir aufbauen.

Ein weiterer, nicht minder wichtiger Aspekt ist die finanzielle Ausstattung unserer Schulen. Mit der längst überfälligen Anpassung des Schulbudgets nach 13 Jahren setzen wir ein klares Zeichen für die Bildungslandschaft in Bestwig. Bildung ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen und nachhaltigen Zukunft, und diese Verantwortung nehmen wir sehr ernst. Unsere Kinder verdienen die besten Voraussetzungen, um ihre Potenziale zu entfalten. Lassen Sie uns gemeinsam in ihre Zukunft investieren – denn sie ist auch unsere Zukunft.

Doch unser Blick reicht über Bildung hinaus. Die geplanten Renaturierungsmaßnahmen für 2025, die mit einem Kostenvolumen von etwa 130.000 Euro veranschlagt sind, mögen auf den ersten Blick überschaubar erscheinen. Aber sie sind ein bedeutendes Signal für die kontinuierliche Weiterentwicklung in diesem Bereich.

Wer die bereits abgeschlossenen Renaturierungen betrachtet, wird die positiven Effekte erkennen: Unsere Flüsse, als Hauptquellen für unser Trinkwasser, profitieren enorm.

Renaturierte Gewässer fördern nicht nur eine natürliche Wasserreinigung durch Abbauprozesse in intakten Gewässersohlen, sondern auch eine steigende Fischdichte. Es ist ein Gewinn für Mensch und Natur gleichermaßen.

## 5. Ausblick

Windkraft

Ein zentrales Thema, das uns in diesem Jahr intensiv beschäftigt hat, ist die Windkraft. Leider müssen wir feststellen, dass die Ergebnisse in diesem Bereich bislang äußerst unbefriedigend sind.

Trotz intensiver Diskussionen und Bemühungen im Gemeinderat haben wir die erhofften Fortschritte nicht erzielt. Dabei herrschte in allen drei Fraktionen Einigkeit darüber, dass wir eine klare Richtung vorgeben müssen. Mit dem einstimmigen Beschluss, mehr Fläche für die Windkraftnutzung bereitzustellen, als es der Regionalplan ursprünglich gefordert hatte, haben wir mit 3,1 % der Fläche deutliche Zeichen gesetzt. Damit wollten wir den Ausbau der erneuerbaren Energien in Bestwig aktiv vorantreiben.

Doch leider wurde dieses Ergebnis auf Landesebene gekippt. Das zeigt uns: Die Herausforderungen der Windkraftnutzung sind noch lange nicht gelöst. Ob bürokratische Hürden, technische Herausforderungen oder die Akzeptanz vor Ort – es gibt noch viel zu tun. Trotzdem lassen wir uns nicht entmutigen. Wir bleiben dran, um Lösungen zu finden, die den Ausbau der erneuerbaren Energien fördern und gleichzeitig die Belange unserer Gemeinde und ihrer Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen.

### Flüchtlinge

Ein weiteres Thema, das unsere Arbeit in diesem Jahr geprägt hat, ist die Flüchtlingssituation. Auch für unsere Gemeinde bleibt dies eine große Herausforderung.

Wir haben bereits erste Schritte unternommen: Die bereitgestellten Container bieten eine sichere und geschützte Übergangslösung, insbesondere für weibliche Flüchtlinge. Sie ermöglichen den Menschen, vorübergehend zur Ruhe zu kommen. Doch wir wissen alle: Das Leben in einem Container kann und darf nur eine temporäre Lösung sein.

Langfristig müssen wir daran arbeiten, den Geflüchteten eine dauerhafte Perspektive zu bieten. Das bedeutet nicht nur eine menschenwürdige Unterbringung, sondern auch echte Integrationsmöglichkeiten. Hier sind wir alle gefordert – Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Gemeinsam müssen wir tragfähige und nachhaltige Lösungen entwickeln, die den Geflüchteten nicht nur ein Dach über dem Kopf bieten, sondern auch die Chance, Teil unserer Gemeinschaft zu werden.

Ich appelliere an alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte, konstruktiv zusammenzuarbeiten, um diese Herausforderung zu meistern. Nur gemeinsam können wir für alle betroffenen Menschen eine langfristige, sichere und menschenwürdige Lösung finden.

### Förderung

Trotz aller Einigkeit in vielen Bereichen sehen wir auch Defizite, die dringend angegangen werden müssen. Ein Beispiel ist die Förderung wichtiger Projekte, die unsere Gemeinde bereichern.

Hier möchte ich besonders den örtlichen Tierschutzverein und die Naturranger hervorheben. Beide leisten wertvolle Arbeit, die wir nicht nur anerkennen, sondern auch finanziell unterstützen sollten. Ich fordere alle Fraktionen auf, sich für eine positive Änderung in diesem Bereich einzusetzen. Lassen Sie uns gemeinsam Verantwortung übernehmen und sicherstellen, dass diese Projekte auch in Zukunft erfolgreich weitergeführt werden können.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns den Blick nach vorne richten. Die konstruktive Zusammenarbeit im Gemeinderat hat in diesem Jahr viel bewirkt, und ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam noch mehr erreichen können. Für die Bürgerinnen und Bürger von Bestwig und für die kommenden Generationen.

Das Bündnis 90/Die Grünen stimmt dem Haushaltsentwurf 2025 zu. Wir bedanken uns herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen, bei Bürgermeister Peus, Herrn Kämmerer Burmann und der gesamten Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

Zum Abschluss wünsche ich Ihnen allen – und vor allem den Bürgerinnen und Bürgern unserer Gemeinde – eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr!“

Sodann ergeht folgender Beschluss:

**Der Rat der Gemeinde Bestwig beschließt die Haushaltssatzung 2025 mit ihren Anlagen in der am 30.10.2024 aufgestellten und bestätigten Fassung und unter Berücksichtigung der 1. Veränderungsliste vom 15.11.2024 gem. Verw.-Vorlage Nr. 102/2024 sowie unter Berücksichtigung der in der Haupt- und Finanzausschusssitzung am 27.11.2024 vorgetragenen konsumtiven Erhöhung in 2025 für die Anteilsfinanzierung der angedachten Fördermaßnahme zur Stärkung der haus- und kinderärztlichen Versorgung im HSK i.H.v. 11.700 €.**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
26	0	0

Der Auszug entspricht dem Inhalt der Beratung.

---

Bestwig, den 13. Dezember 2024

Gemeinde Bestwig  
Der Bürgermeister  
i. A.

